

3. Kapitel Kernschnittstellen zum Energierecht

V. Europarecht

(...)

4. Verhältnis BGH, BVerfG, EuGH: In welchem Verhältnis stehen BGH und BVerfG zum EuGH? Was prüft das BVerfG, was nicht mehr? Wer muss wann vorlegen?

a) Grundsätze. (...)

Das BVerfG vertrat damals vereinfacht gesagt Folgendes: „Solange“ das Gemeinschaftsrecht keinen eigenen Grundrechtskatalog hat, gehe das Grundgesetz vor. Das stieß auf heftige Kritik. Das BVerfG änderte am 22.10.1986, Az: 2 BvR 197/83, seine Meinung und vertrat nun das Gegenteil. „**Solange**“ die Europäische Gemeinschaft den Schutz der Grundrechte generell gewährleiste, übe das BVerfG seine Gerichtsbarkeit diesbezüglich nicht aus („Solange II“). Am 12.10.1993 setzte das BVerfG in der Maastricht-Entscheidung, Az: 2 BvR 2134, dann dem Integrationsprozess erstmals Grenzen und vertrat die Auffassung, dass das Demokratieprinzip, soweit es nach dem Grundgesetz unantastbar sei, nicht entleert werden dürfe und insoweit die europäische Einflussnahme auf die Ausübung von Staatsgewalt durch die Verlagerung von Aufgaben und Befugnissen des Bundestages zu begrenzen sei. Am 7.6.2000 verfeinerte das BVerfG, Az: 2 BvL 1/97, seine Solange II-Entscheidung insoweit, als dass eine Verfassungsbeschwerde gegen Gemeinschaftsakte nun nur noch zulässig sei, wenn der Grundrechtsschutz auf europäischer Ebene ganz grundsätzlich hinter dem Standard des Grundgesetzes zurückbleibe („Bananenmarkt“).

In der **Lissabon-Entscheidung** vom 30.6.2009, Az: 2 BvE 2/08, stellte das BVerfG klar, dass die Grundrechte des Grundgesetzes zu den Verfassungskerngehalten gehören, die die Übertragung von Hoheitsrechten auf die Europäische Union begrenzen (Rn. 177), ferner, dass die souveräne Verfassungsstaatlichkeit zu wahren sei (Rn. 212). Zuletzt befasste sich

das BVerfG mit oben aufgeworfener Frage am 6.7.2010, Az: 2 BvR 2661/06, im „**Mangold-Beschluss**“ und stellte vereinfacht gesagt fest, dass vor einer abweichenden Entscheidung der EuGH im Rahmen des Vorabentscheidungsverfahrens anzurufen sei. So weit zu den Grundlagen (im Einzelnen zur „Aufgabenteilung zwischen BVerfG und den Fachgerichten (Britz, NJW 2012, 1313 [1317]). Wann muss nun der BGH dem EuGH eine Richtlinie zur Vorabentscheidung vorlegen?